

# Anflage des Kriegsministeriums.

## Hohe Nationalversammlung!

Wenn mit dem 18. März die alte Knechtschaft zu Grabe getragen wurde, so können wir nur mit dem tiefsten Unwillen bemerken, wie die Regierung eine Stütze des Absolutismus, das frühere Soldaten- und Kamassenthum in seiner ganzen Starrheit aufrecht erhält. Das Heer war früher eine Macht des Königs, es bestand aus unsern Brüdern, aus den Söhnen des Landes, die während ihrer dreijährigen Dienstzeit gegen das Volk, gegen ihre Eltern und Geschwister, gegen ihre Ueberzeugung auf den Wink des Monarchen zu kämpfen bereit sein mußten, das Heer war eine Macht, geschaffen und erhalten aus dem Volke, um das Volk in Knechtschaft zu fesseln, ja zu vernichten. Die preussischen Waffen sind oft mit Bürgerblut bespritzt; wir klagen nicht die Soldaten darum an, denn mancher von ihnen hat nach seiner Dienstzeit über die Unterdrückung geseufzt, für die er selbst seine Waffe geführt hat, wir klagen nicht den Einzelnen an, der im militärischen Zwange, im Mißtrauen gegen seine Kameraden zu Treveln sich gebrauchen ließ, nein, wir verdammten das ganze Institut, das die freigebornen Menschen zu einem blinden Werkzeug der Gewalt bildet.

Die Regierung hat es laut vor der Welt verkündet, sie habe ihr System geändert; wohl denn, wir müssen uns mit der ganzen Welt wundern, daß sie so wenig aufrichtige Zeichen ihrer veränderten Gesinnung giebt. Wo haben wir Sicherheit für unsere junge Freiheit selbst nur im Innern des Landes, wo noch feindselige Einrichtungen bestehen, die in der Hand einer despotischen Gesinnung leicht zur alten Sklaverei uns zwingen können? Wird der Schwur auf die Verfassung künftig den Soldaten veranlassen, seine Waffe gegen die Unterdrückung zu führen, wenn er so von dem öffentlichen Leben abgesondert ist, daß er die Verletzung des Gesetzes nicht durchschauen kann? Wird er nicht immer noch gegen das Volk kämpfen, wenn die Mehrheit dieses Volkes erklärt, die Verfassung sei für die neue Zeit zu alt geworden?

Die Feindschaft zwischen Volk und Soldat soll und muß aufhören, wir rufen dem Soldaten laut zu, er soll unser Bruder werden, wir rufen ihm zu, wir haben nicht gegen seine Person, nur gegen seine Verblendung gekämpft, und wir fordern von der Regierung, sie solle die Soldaten als unsere Brüder anerkennen, und ihnen dieselben Rechte zugestehn, die dem Volke gebühren. Der Soldat wird diese Freiheit lieb gewinnen und mit seinem Lande künftig stehn und fallen.

Vertreter des Volkes! wir klagen das Ministerium vor Euch an, daß es die Freiheit des Soldaten verletzt hat, ja verletzt, indem es ihm das freie Versammlungs- und Petitionsrecht durch einen Erlaß des Generals v. Keyher entzogen hat, verletzt, indem es darauf hinausging, die Soldaten vom politischen Leben zu entfernen, das ein unbestreitbares Recht Aller geworden ist. Der Soldat darf nicht denken, weil der Gedanke ihm seine Knechtschaft beleuchten würde; der Offizier denkt für den Soldaten, die Vorgesetzten für die Offiziere, für Alle denkt der König, und Alle sind sorgsam

von den Gedanken ihres Landes getrennt. Es ist bereits in einer hohen Versammlung ausgesprochen, daß der Geist in der Armee reactionair sei; die Offiziere haben dieselben Menschen, die sie jetzt gezwungen als das Volk anerkennen, vor dem 18. März als Canaille, als Futter für die Kartätschen bezeichnet. Wir glauben nicht an eine so schnelle Meinungsänderung, wir kennen den eingerosenen Dünkel unserer Gardes, wundern uns aber dennoch nicht, daß der Kriegsminister eine Reaction im Heere nicht glaubt, sie vielmehr eine schamlose Verläumdung nannte, weil er es für freisinnig hält durch gräßliche Verletzung der Freiheit, auf Kosten des Versammlungs- und Petitionsrechtes den Kamassenzwang aufrecht zu erhalten. Der Kriegsminister hat die Größe Preußens in der Vortrefflichkeit seiner Armee gesucht, wohl, wir rufen ihm zu, wer anders als das Land hat ihm diese Armee gegeben, wir erwidern ihm, daß nur ein tapferes Volk tapfere Soldaten hervorbringen kann. Das Heer wird verderbt, wenn es von dem Gedanken ausgeschlossen bleibt, für das Unrecht soll es nicht kämpfen, und die Erkenntniß eines gerechten Kampfes wird seine Tapferkeit nur erhöhen, das haben die Freiheitskriege deutlich bewiesen. Hat aber der Kriegsminister nie an die Schmach unseres Vaterlandes gedacht, vergiftet er Schlesien und Köln; erkennt er den gerechten Kampf gegen die Regierung in jener Zeit nicht an, erkennt er den Kampf in Berlin nicht an, wo die Soldaten im Dienste des Königs Weiber und Kinder für eine Verfassung erschlagen haben, die der König doch jetzt seiner Ueberzeugung widersprechend erklärt, vergiftet er Mainz, vergiftet er die Armee in Polen, wo selbst die Russen sich just heute der barbarischen Kameradschaft der Preussischen Offiziere schämen? Die Ereignisse sprechen zu laut, ganz Deutschland hat längst gerichtet, nur das Kriegsministerium nicht, ganz Deutschland sieht ein, wohin das Maschinenhandwerk und der alte Korporalstock im Heere führt, nur der Kriegsminister nicht, und unser ganzes Ministerium sagt ein „Amen“ dazu.

Die hohe Nationalversammlung, die die Begründerin der Demokratie in Preußen sein will, wird es nimmermehr zugeben, daß das Heer, in dem nach der Aussage des Kriegsministers unsre Kraft von je bestanden hat, so von der Volksfreiheit, von der Demokratie ausgeschlossen bleibt. Jeder Staatsbürger muß Soldat werden, welches ein Verbrechen ist es dann, ihm für drei Jahre einen Theil seiner heiligsten Rechte zu entziehen! Wenn der Soldat die Freiheit unseres Landes nicht begreifen und genießen lernt, dann wird er lieber mit dem Russen kämpfen, der uns diese Freiheit rauben will. Unser Feind ist nicht weit, wir bedürfen der Einigkeit des ganzen Landes. Mögen wir bald den Versöhnungsact feiern zwischen Volk und Militair, könnten wir dem Soldaten bald unsre Bruderhand reichen, wenn er frei bekennet, er sei in der Gesinnung unser Bruder geworden.

Berlin, den 1. Juni 1848.

Der demokratische Klub.